

SITZUNG DES VORSTANDS DER ETF 22. NOVEMBER 2011

PROTOKOLLS

1. Einleitung

Die Sitzung des Vorstands der ETF findet am 22. November 2011 in Turin statt, den Vorsitz führt Jan Trzuszczński, Generaldirektor der GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission.

Die neuen Mitglieder des Vorstands aus Zypern (Elias Margadjis, Mitglied, und Panayiota Shiakalli, Stellvertreterin) werden begrüßt. Salih Çelik (Türkei), Namig Mammadov (Aserbaidschan) und Abdalla Ahmad Mustafa (Jordanien) nehmen als Beobachter aus den Partnerländern an der Sitzung teil. Ferner nehmen alle vom Europäischen Parlament ernannten unabhängigen Sachverständigen, Jean François Mezières, Stamatis Paleocrassas und Sara Parkin, an der Sitzung teil. Als Beamte der Kommission sind Gerhard Schumann-Hitzler (Direktor, GD Erweiterung), Hjordis Ogendo (GD DEVCO), João Delgado (Referatsleiter, GD Bildung und Kultur), Isabelle Mazingant (GD Bildung und Kultur) und Frédérique Rychener (GD Beschäftigung, Soziales und Integration) anwesend. Miriam Brewka Pino vertritt den Europäischen Auswärtigen Dienst. Pasqualino Mare vertritt die Personalvertretung der ETF.

Irland, Griechenland, Luxemburg, Malta, Slowenien, Rumänien, Schweden und das Vereinigte Königreich sind bei der Sitzung nicht vertreten.

2. Annahme der Tagesordnung

Auf Vorschlag der ETF beantragt der Vorsitzende, einen neuen Tagesordnungspunkt zur Annahme aufzunehmen: den Berichtigungshaushaltsplan der ETF 2011.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung vom Vorstand angenommen.

3. Follow-up zur letzten Sitzung

i. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung am 15. Juni 2010 wird mit den Änderungen auf S. 2 (Änderung des Zeitrahmens für die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zur Bildungspolitik auf 12-18 Monate) genehmigt.

ii. Follow-up zu Aktionspunkten und schriftlichen Verfahren

Xavier Matheu de Cortada (ETF) stellt die Maßnahmen vor, die als Follow-up zu der Sitzung vom Juni 2011 durchgeführt wurden:

- Die ETF wird im jährlichen Tätigkeitsbericht 2011 kurze Beschreibungen der Aktivitäten in den Partnerländern vorlegen.
- Der irische Vertreter im Vorstand Pat Hayden hat als Beobachter am Auswahlgremium für den stellvertretenden Direktor der ETF teilgenommen.
- Die ETF hat den Mitgliedern des Vorstands der ETF Zugang zum Dashboard gewährt;
- Die Struktur der Vorstandssitzung wurde angepasst, um mehr Zeit für Erörterungen während des informellen Treffens zu geben.
- Zu folgenden Punkten wurden erfolgreich schriftliche Verfahren durchgeführt:
 - Durchführungsbestimmungen zur Teilzeitarbeit und Durchführungsbestimmungen zur Urlaubsregelung (2.5.2011-23.5.2011);
 - ETF-Geschäftsordnung (18.10.2011-8.11.2011).

4. Mündliche Berichte

i. Fortschritte bei den Maßnahmen und Programmen der Kommission, die Auswirkungen auf die ETF haben

João Delgado (Referatsleiter, GD Bildung und Kultur) stellt die jüngsten Entwicklungen im Bereich der beruflichen Bildung vor.

Brügge-Kommuniqué und kurzfristige Ziele

Die letzte Überprüfung des Kopenhagen-Prozesses fand auf der Ministertagung in Brügge im Dezember 2010 statt, auf der die Minister das Brügge-Kommuniqué verabschiedeten. In dem Dokument wird die Festlegung von Prioritäten für die nächsten 10 Jahre vorgeschlagen. Kurzfristige Ziele sollen von den Akteuren regelmäßig überprüft werden. In diesem Zusammenhang bietet die neue Berufsbildungsagenda für den Zeitraum 2011-2020 politische Strategien für die Unterstützung der Strategie „Europa 2020“ durch die Berufsbildung. Gleichzeitig enthält das Brügge-Kommuniqué eine globale Vision für die berufliche Bildung bis zum Jahr 2020.

Die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten verfolgen die folgenden Prioritäten:

- In vielen Ländern hat die berufliche Bildung ein Imageproblem, und die Kommission und die Mitgliedstaaten sind überzeugt, dass die berufliche Bildung attraktiver gestaltet werden kann, indem die Qualität verbessert, die Relevanz erhöht und für mehr Durchlässigkeit und bessere Laufbahnaussichten gesorgt wird. Kampagnen zur Verbesserung sind ebenfalls wünschenswert, z. B. Berufswettbewerbe wie die Veranstaltung „*World Skills*“ in London. Wichtig ist zudem, dass die Berufsbildung flexibler organisiert wird, damit bis 2020 mehr Erwachsene am lebenslangen Lernen teilnehmen können. Eine größere „Durchlässigkeit“ wurde auch in der Mitteilung zur Modernisierung von Europas Hochschulsystemen gefordert.
- Die Arbeitswelt wird immer internationaler, was sich auch in der alltäglichen Praxis, selbst auf lokaler Ebene, bemerkbar macht. Deshalb muss auch die Ausbildung internationaler werden, und die europäischen Instrumente sollten systematischer eingesetzt werden, damit die Lernergebnisse

Realität und ein wirksames Mobilitätsinstrument werden. Im Einklang mit der Initiative *Jugend in Bewegung* steht die transnationale Mobilität auf der Agenda gleichfalls weit oben.

- Auch in Bezug auf Kreativität, Innovation und unternehmerisches Denken kommt der beruflichen Bildung eine wichtige Rolle zu. Im Kontext einer modernen Wirtschaft ist es wichtig, diese Begriffe im weiteren Sinne zu verstehen: Kreatives und unternehmerisches Denken ist für Beschäftigte in allen Positionen relevant und sollte deshalb auch Teil des Kompetenzprofils von Lehrkräften und Ausbildern sein. In diesem Bereich ist nach Auffassung der Kommission auf allen Ebenen noch viel zu tun.
- Um einen Beitrag zur sozialen Integration zu leisten, müssen die Berufsbildungssysteme selbst integrativ sein. Das bedeutet nicht nur Offenheit und Barrierefreiheit, sondern auch angemessene Unterstützung für potenzielle Ausbildungsabbrecher. Unter einem anderen wichtigen Gesichtspunkt - Gerechtigkeit und sozialem Zusammenhalt - besteht hier ein Zusammenhang mit der Exzellenz: Ein Berufsbildungssystem, das wirkliche Chancen auf einen sozialen Aufstieg bietet, leistet den stärksten Beitrag zu echter sozialer Gerechtigkeit.

Brügge-Kommuniqué und Folgemaßnahmen der Kommission, der ETF und des Cedefop

Die ETF ist Teil der Folgemaßnahmen zum Kopenhagen- und Brügge-Prozess. Auf der letzten Sitzung der Kopenhagen-Arbeitsgruppe wurde vereinbart, dass das Cedefop einen Entwurf für Fortschrittsüberwachungsformulare zu den 22 kurzfristigen Zielen für die EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen vorlegen wird. Das Follow-up wird in eine Halbzeitbewertung 2012 und einen umfassenden Bericht zur Berufsbildungspolitik 2014 einfließen, in dem auch die Frage analysiert wird, ob die Brügge-Ziele erreicht werden.

Die ETF wird am Follow-up für die Kandidatenländer (außer Island) arbeiten, das wahrscheinlich einen anderen Schwerpunkt haben wird, da sich diese Länder von den EU-Staaten unterscheiden und sich bei der Umsetzung der Brügge-Ziele in unterschiedlichen Stadien befinden.

Der Kopenhagen-Prozess unterstützt Kandidatenländer bei der Modernisierung ihrer Berufsbildungssysteme und bietet Beispiele für bewährte Verfahren. Die Folgemaßnahmen der ETF sind ein wichtiger Teil dieses Prozesses. Die ETF kann auch vermittelnd wirken und der EU helfen, die Besonderheiten ihrer Partnerländer besser zu verstehen. Der Turin-Prozess ist ebenfalls ein wichtiger Teil der Brügge-Folgemaßnahmen. Er verhilft den beteiligten Ländern zu mehr Sichtbarkeit und fördert die Berufsbildung.

Kurzer Überblick über den mehrjährigen Finanzrahmen und das neue Programm für allgemeine und berufliche Bildung „Erasmus für alle“ (2014-2020)

Der Ende Juni 2011 von der Kommission vorgeschlagene mehrjährige Finanzrahmen setzt die politischen Prioritäten der Europäischen Union für mindestens fünf Jahre in finanzieller Hinsicht um. Die Kommission schlägt auch Programme zur Stärkung der allgemeinen und beruflichen Bildung vor. Um die Aufsplitterung der vorhandenen Instrumente zu überwinden, wird die Schaffung eines integrierten Programms im Umfang von 15,2 Mrd. EUR für allgemeine und berufliche Bildung und Jugend mit eindeutigem Schwerpunkt auf der Entwicklung von Kompetenzen und Mobilität vorgeschlagen. Die Finanzierung wird durch erhebliche Zuschüsse aus den Strukturfonds ergänzt (72,5 Mrd. EUR für 2007-2013).

Bei diesem neuen Programm *Erasmus für alle* soll die aktuelle Struktur vereinfacht werden, um eine Aufsplitterung, Überschneidungen und eine unkontrollierte Zunahme der Zahl der Projekte zu verhindern, denen die notwendige kritische Masse fehlt, um dauerhafte Auswirkungen zu gewährleisten. In dem Programm sollen die Unterprogramme des Programms für lebenslanges Lernen und die internationalen Aspekte der Hochschulprogramme, darunter *Erasmus Mundus* und *Jugend in Aktion*, zusammengeführt und bestehende internationale Programme wie z. B. Tempus, Alfa und Edulink sowie die Kooperationsprogramme mit Industrieländern eingebunden werden. Dies soll Studierenden und Hochschulen helfen, die Schwierigkeiten beim Zugang zu Informationen über die Möglichkeiten eines Hochschulstudiums in Europa zu bewältigen, und der europäischen Hochschulbildung international zu mehr Sichtbarkeit verhelfen.

Das neue Programm verfolgt drei Hauptprioritäten: i) Unterstützung der transnationalen Lernmobilität; ii) Förderung der Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und der Arbeitswelt als Beitrag zu Modernisierung der Bildung, Innovation und Unternehmergeist und iii) politische Unterstützung für die Sammlung von Informationen über die Wirksamkeit von Bildungsinvestitionen und die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung wirksamer politischer Strategien.

Aktuelle Entwicklung in den Beziehungen zu den EU-Nachbarländern

Angesichts der aktuellen Ereignisse in den Ländern des südlichen Mittelmeerraums musste die EU ihre Beziehungen zu diesen Ländern neu definieren. In den beiden Mitteilungen der Kommission, die im März und im Mai verabschiedet wurden, wird dem Engagement von Menschen für Menschen und einer Erhöhung der Haushaltsmittel für die bestehenden Instrumente im Bildungsbereich Priorität eingeräumt.

Die Zahl der *Erasmus-Mundus*-Mobilitätsmaßnahmen mit Nachbarländern wurde auf 1 150 erhöht und die geplanten Haushaltsmittel für 2012 und 2013 auf 80 Mio. EUR festgelegt. Zusätzliche Mittel in Höhe von 12,5 Mio. EUR in den Jahren 2012 und 2013 wurden für das Programm Tempus, 6 Mio. EUR für *Jugend* im Süden und 29 Mio. EUR für *Jugend* im Osten bereitgestellt. Das *eTwinning*-Programm wurde in Tunesien und Ägypten auf Pilotbasis gestartet. Eine Informationskampagne zur Steigerung der Beteiligung an EU-Programmen wurde zusammen mit der Aufnahme des politischen Dialogs mit südlichen Ländern vorbereitet (mit den östlichen Nachbarländern besteht ein solcher Dialog bereits im Rahmen von Plattform 4).

Gleichzeitig werden die Aktivitäten der ETF für Länder des südlichen Mittelmeerraums mit einem Haushalt von je 1 Mio. EUR 2012 und 2013 unterstützt. ETF-Aktivitäten in Bezug auf die östlichen Nachbarn werden möglicherweise in das Arbeitsprogramm 2012-2013 für Plattform 4 aufgenommen.

Gerhard Schumann-Hitzler (Direktor, GD Erweiterung) stellt die aktuellen Entwicklungen in der EU-Erweiterungspolitik vor.

2011 war ein erfolgreiches Jahr für die Erweiterungsagenda. Am 12. Oktober 2011 stellte die Kommission die jährlichen Fortschrittsberichte und ihre Erweiterungsstrategie vor, in denen folgende Elemente hervorgehoben wurden:

Die Beitrittsverhandlungen mit **Kroatien** wurden abgeschlossen, und es laufen Vorbereitungen für einen möglichen Beitritt am 1. Juli 2013. Der Beitrittsvertrag wird Anfang Dezember unter dem polnischen Ratsvorsitz unterzeichnet.

Im vergangenen Jahr erhielt **Montenegro**, bis dato potenzielles Kandidatenland, den Kandidatenstatus und erreichte damit die nächste Stufe. Der Rat beschloss, in die Beitrittsverhandlungen einzutreten, sobald sich die Kommission überzeugt hat, dass in bestimmten Bereichen Fortschritte erzielt wurden.

Bei **Island** sind gute Fortschritte zu verzeichnen, die Verhandlungen laufen planmäßig und kommen relativ schnell voran. Die isländische Öffentlichkeit könnte sich jedoch in dem Referendum vor dem Beitritt noch gegen die Verhandlungsergebnisse aussprechen.

Serbien hat in der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und bei der regionalen Aussöhnung erhebliche Fortschritte erzielt. Die Kommission hat Serbien für den Kandidatenstatus empfohlen; die Entscheidung liegt nun beim Europäischen Rat. Eine der verbleibenden Fragen, für die noch eine Lösung gefunden werden muss, ist die Beziehung zum Kosovo¹. Fünf EU-Mitgliedstaaten erkennen die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht an. Dies wird sich negativ auf die Entscheidung des Rates im Dezember auswirken.

Was die **Türkei** betrifft, hat sich sowohl im Reformprozess als auch in den Beitrittsverhandlungen eine Verlangsamung bemerkbar gemacht. Die Kommission hat für die Türkei eine neue positive Agenda für praktische Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen einige Schwierigkeiten in den Beziehungen überwunden werden sollen. In jüngerer Zeit gibt es erneut Spannungen zwischen der Türkei und Zypern in Bezug auf die Erschließung von Öl- und Gasvorkommen auf der Insel. Von der Türkei kommen gemischte Signale, größtenteils sind sie jedoch positiv und zeigen die Bereitschaft, weiter auf

¹ Kosovo (gemäß UNSCR 1244/1999), im Folgenden „Kosovo“

die EU zuzugehen. Gleichzeitig ist die Türkei jedoch wirtschaftlich sehr erfolgreich und ein aktiver politischer Akteur in der Region. Es besteht die Hoffnung, dass sich die positive Agenda positiv auf die Beziehung zwischen der EU und der Türkei auswirken wird.

Im Fall der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien** glaubt die Kommission nach wie vor, dass es Zeit für eine Aufnahme der Verhandlungen ist. Die Reformmotivation ist in den letzten Jahren abgeflaut, und in den Bereichen Unabhängigkeit der Justiz, Reform der öffentlichen Verwaltung und Bekämpfung der Korruption besteht weiterhin Handlungsbedarf. Ein Stolperstein ist immer noch der Name des Landes, da bisher kein Kompromiss mit Griechenland gefunden wurde.

Die festgefahrene politische und institutionelle Situation, die **Bosnien und Herzegowina** daran hindert, die notwendigen rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Reformen zu beschließen und das Land näher an die EU zu führen, besteht nach wie vor. Auf gesamtstaatlicher Ebene gibt es Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung und eine institutionelle Reform ist dringend notwendig.

In Bezug auf **Albanien** sind in letzter Zeit wenig Fortschritte zu verzeichnen, mit Ausnahme des ersten Gesetzes, das das Parlament im November mit der jetzt erforderlichen 3/5-Mehrheit verabschiedete. Dies ist der erste Schritt im Reformprozess, der für die albanische Wirtschaft unabdingbar ist.

Nach den Wahlen im **Kosovo** ist die Reformagenda bisher nur wenig vorangekommen. Die neuen Institutionen stehen hinter dem europäischen Integrationsprozess, müssen aber viel leisten, um organisiertes Verbrechen und Korruption zu bekämpfen. Auch das Rechtssystem muss reformiert werden. Eines der Hauptprobleme sind die Beziehungen zu Serbien. Die Kommission empfiehlt einen pragmatischen Ansatz.

Finanzierungsinstrumente

Derzeit arbeitet die Kommission Vorschläge für die neun außenpolitischen Instrumente aus, die am 7. Dezember verabschiedet werden sollen. Ein Vorschlag betrifft das Finanzierungsinstrument für das Erweiterungsgebiet. Dieser Vorschlag ist mit der Strategie *EU 2020* verbunden, und von den Erweiterungsländern wird erwartet, dass sie sich um die Erreichung der vorgeschlagenen Ziele bemühen. In diesem Zusammenhang wird die ETF für die Kommission ein noch wertvollerer Partner.

Die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem aktuellen Instrument sind folgende: Finanzielle Unterstützung wird sowohl den Kandidatenländern als auch den potenziellen Kandidatenländern zu gleichen Bedingungen gewährt, es werden umfassende Länderstrategien eingeführt, die dem Bedarf des Landes aus einer globalen Perspektive entsprechen und alle Politikbereiche betreffen, Einführung eines mehrjährigen Ansatzes, langfristige Politikplanung, Unterstützung der Länder bei der Kofinanzierung der Reformen und Strategien in verschiedenen Bereichen anstatt einer Finanzierung einzelner Projekte.

Hjordis D'Agostino Ogendo (Bereichsleiterin, GD DEVCO) stellt die aktuellen Entwicklungen in der EU-Entwicklungspolitik vor.

Im Oktober 2011 verabschiedete die Kommission die Mitteilung *Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung: Agenda für den Wandel*. Gemäß dem Vertrag von Lissabon ist das Hauptziel der Entwicklungspolitik die Beseitigung der Armut und die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Zu den Zielen gehören die Unterstützung eines breitenwirksamen Wachstums, die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine verstärkte Einbeziehung nicht staatlicher Akteure, vor allem im privaten Sektor, in Entwicklungsaktivitäten. Zentrale Aspekte sind: ein strategischerer Ansatz mit maximal drei unterstützten Sektoren pro Land, eine gezieltere Unterstützung für die bedürftigsten Länder und solche, in denen die EU die größte Wirkung erzielen kann, und stärkeres Augenmerk auf Menschenrechte, Demokratie und verantwortungsvolle Staatsführung. Die EU beabsichtigt, sich stärker bei der Förderung eines breitenwirksamen Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu engagieren. Weitere Ziele sind die Verbesserung der Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten, verstärkte Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, dem privaten Sektor und lokalen Behörden sowie die Förderung der ländlichen Entwicklung. In diesem Zusammenhang kommt im Hinblick auf das entwicklungspolitische Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen der Qualifizierung und Beschäftigungsfähigkeit eine zentrale Rolle zu. In der Mitteilung wird zudem das Ziel formuliert, 20 % der EU-Fördergelder für die soziale Integration und die

menschliche Entwicklung einzusetzen. Die Mitteilung wird in den Arbeitsgruppen des Rates erörtert. Die Schlussfolgerungen des Rates werden voraussichtlich 2012 verabschiedet.

Das Programm **Förderung von Partnerschaft, Reformen und breitenwirksamem Wachstum (SPRING)**, das von der Europäischen Kommission im September 2011 angenommen wurde, sieht vor, den Partnerländern insgesamt 350 Mio. EUR zur Verfügung zu stellen, 65 Mio. EUR im Jahr 2011 und 285 Mio. EUR im Jahr 2012. Vorrang haben dabei laufende Maßnahmen, doch die EU-Delegationen und Mitgliedstaaten werden zusammen mit den Partnerländern und anderen Akteuren, einschließlich internationaler Organisationen, neue Initiativen ermitteln. Diese werden von der Europäischen Kommission in Absprache mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) vorbereitet. Im Mittelpunkt sollen die Förderung einer nachhaltigen Demokratie, die Reform der Institutionen und die Förderung eines nachhaltigen, breitenwirksamen Wachstums und einer ebensolchen wirtschaftlichen Entwicklung stehen. Bei den Aktivitäten kann es sich u. a. um Weiterbildung, Kapazitätenaufbau, Ausbildung und Unterstützung der Sozialpartner handeln.

2011 wurden 20 Mio. EUR für Tunesien bereitgestellt. In Bezug auf Weiterbildung, fachliche und berufliche Aus- und Weiterbildung (TVET) und Jugendbeschäftigung haben Marokko, Ägypten und Jordanien Interesse daran geäußert, in Maßnahmen einbezogen zu werden.

Die EU und die fachliche und berufliche Aus- und Weiterbildung in der externen Dimension. Im Zeitraum 2007-2010 wurden etwa 600 Mio. EUR für TVET, Weiterbildungsprojekte und -programme bereitgestellt. Die Kommission wird weiterhin eine Bestandsaufnahme der Situation erstellen und ihre Bemühungen verstärken, die Wirkung und Ergebnisse der EU-Maßnahmen auch durch Einrichtung eines wirksamen Evaluierungssystems deutlich zu machen.

Miriam Brewka (Vertreterin des **Europäischen Auswärtigen Dienstes**) stellt die jüngsten Entwicklungen in der Nachbarschaftspolitik vor.

Wichtige politische Entwicklungen wurden in der gemeinsamen Mitteilung „*A response to a changing neighbourhood*“ (Reaktion auf eine veränderte Nachbarschaft) skizziert, um die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) neu zu beleben und individuelle und regionale Beziehungen zwischen der EU und ihren Nachbarländern zu stärken. Der neue Ansatz basiert auf dem Grundsatz „mehr für mehr“ bzw. „mehr Mittel für mehr Reformen“. Das bedeutet, dass mehr Mittel für Länder verfügbar sein werden, die politische, demokratische und wirtschaftliche Reformen durchführen.

Zusätzliche Fördermittel wurden für die Nachbarländer im Zeitraum 2011-2014 bereitgestellt, u. a. 85 Mio. EUR für 2011, 395 Mio. für 2012 und 270 Mio. für 2013.

Davon sind 100 Mio. EUR für die Unterstützung einer stärkeren Partnerschaft mit Menschen aus allen Nachbarländern bestimmt. Alle Maßnahmen *von Mensch zu Mensch*, z. B. Maßnahmen zur Unterstützung von Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, der Menschenrechte und der Demokratie, fallen nicht unter den Grundsatz „mehr für mehr“.

2011 entwickelte der EAD gemeinsam mit der GD DEVCO das Programm „Förderung von Partnerschaft, Reformen und breitenwirksamem Wachstum“ (SPRING), ein Dachprogramm für die Nachbarschaft Süd. 2012 wird ein ähnliches Programm für die Nachbarschaft Ost ausgearbeitet. 2011 wurden über 1 000 zusätzliche Stipendien finanziert und die Unterstützung im Rahmen des *Erasmus-Mundus*-Programms zur Unterstützung der Lernmobilität wird 2012 aufgestockt. Das gilt auch für die Programme *Tempus* und *Jugend in Aktion*. An der Einrichtung einer Fazilität zur Förderung der Zivilgesellschaft und des Europäischen Fonds für Demokratie wird gearbeitet.

Die Förderung der **Mobilität** ist ein wichtiger Bestandteil des Angebots im Rahmen der neu gestalteten Europäischen Nachbarschaftspolitik. In diesem Zusammenhang sind die Beziehungen zu den östlichen Nachbarländern weiter entwickelt. Eine Mitteilung der Kommission zur verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des Rechts, der Freiheit und der Sicherheit wurde im Vorfeld des diesjährigen Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft in Warschau verabschiedet.

Visaerleichterungen wurden für Armenien und Aserbaidschan vorgeschlagen; mit der Ukraine und der Republik Moldau laufen Gespräche zur Visaliberalisierung, und es wird über die Aufnahme eines Dialogs über Visafragen mit Georgien nachgedacht. Eine neue politische Erklärung über eine Mobilitätspartnerschaft mit Armenien wurde im Oktober angenommen.

In der südlichen Nachbarschaft wurde mit der Entwicklung des Konzepts der Mobilitätspartnerschaft auf der Basis der Erfahrungen im Osten begonnen, und im Oktober wurde mit Tunesien und Marokko ein Dialog über Migration, Mobilität und Sicherheit aufgenommen. Ägypten steht, vorbehaltlich der politischen Entwicklungen, ebenfalls auf der Agenda. Mögliche weitere Kandidaten für einen solchen Dialog sind Libyen und Jordanien. Die Mobilitätspartnerschaften beinhalten für die Länder des südlichen Mittelmeerraums erstmals Visaerleichterungen.

Die Kommission hat die Mitteilung zum Gesamtansatz für Migration und Mobilität verabschiedet, die den neuen strategischen Rahmen für die EU-Außenpolitik im Bereich der Migration bildet, bei dem auch die ETF eine Rolle spielen wird.

Die ETF ist bereits an der Mobilitätspartnerschaft in der Republik Moldau beim Projekt zu Kompetenzen und Migration beteiligt und wird wahrscheinlich auch in die neuen Regelungen mit Tunesien, Marokko und anderen Ländern einbezogen.

Verschiedene Entwicklungen waren im Bereich des **Handels** zu verzeichnen, einschließlich der Vorbereitungen für die Verhandlungen mit Georgien und der Republik Moldau für Abkommen über eine weitreichende und umfassende Freihandelszone (die beginnen sollen, wenn die notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind). Verhandlungen mit der Ukraine über ein neues Assoziierungsabkommen, die rechtliche Grundlage einer Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine in allen Politikbereichen, stehen kurz vor dem Abschluss.

Im Süden wurden Abkommen über eine weitreichende und umfassende Freihandelszone mit Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien vorbereitet. Marokko und Jordanien genießen bereits einen „fortgeschrittenen Status“, und mit Marokko wird über einen detaillierten ENP-Aktionsplan verhandelt. Die Verhandlungen mit Tunesien über eine privilegierte Partnerschaft wurden wieder aufgenommen.

Die Taskforce EU-**Tunesien** tagte im September unmittelbar vor der Wahl. Die EU bietet ihre Unterstützung unter der Voraussetzung an, dass der Wille zur Reform und Demokratie besteht. In diesem Zusammenhang werden 60 Mio. EUR für ein Beschäftigungsprogramm und 20 Mio. EUR für eine Reform des Rechtssystems bereitgestellt.

Am 14. November besuchte die Hohe Vertreterin Catherine Ashton **Libyen** anlässlich der Eröffnung des Büros der EU-Delegation in Tripolis und nahm an einer Konferenz über Frauenrechte teil. Libyen konzentriert seine Bemühungen derzeit auf den Wiederaufbau, und die ETF wird hier zu einem späteren Zeitpunkt aktiv werden. Die aktuelle Planung in Bezug auf die Haushaltshilfe sieht 2,5 Mio. EUR für Bildung, 3,1 Millionen EUR für die Zivilgesellschaft und 5,5 Mio. EUR zum Aufbau der Kapazitäten in der öffentlichen Verwaltung vor. Es wurde ein großes Projekt zur Unterstützung gefährdeter Gemeinschaften und zur Stabilisierung der Migration innerhalb und außerhalb Libyens vorbereitet. Die EU ist zudem bereit, in naher Zukunft die Organisation von Wahlen zu unterstützen.

In Warschau fand Ende September das **Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft** mit den Staats- und Regierungschefs der Partnerländer aus der östlichen Nachbarschaft statt. Die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien äußerten den ausdrücklichen Wunsch, eine stärkere europäische Perspektive zu entwickeln. Belarus nahm nicht an dem Treffen teil, und eine gemeinsame Erklärung der EU und ihrer Partnerländer über Menschenrechtsverletzungen in Belarus wurde nicht verabschiedet.

Frédérique Rychener (Vertreterin der **GD Beschäftigung**) informiert den Vorstand über die aktuelle Zusammenarbeit der Kommission mit der ETF im Bereich der Beschäftigung.

Im südlichen Mittelmeerraum kooperiert die ETF mit der GD Beschäftigung, Soziales und Integration (GD EMPL), um Fachwissen und Unterstützung für die Organisation der Tagung der Arbeitsminister der Union für das Mittelmeer, des Sozialpartner-Forums (das Mitte Dezember stattfinden soll) und der Sitzung der Hochrangigen Gruppe (Februar 2012) bereitzustellen.

In der östlichen Partnerschaftsregion organisierten die GD EMPL und die ETF gemeinsam die regionale Konferenz „*Trends and Challenges of Labour Markets and Employability of Human Capital in the Six Eastern Partners*“ (Entwicklungen und Herausforderungen der Arbeitsmärkte und der Beschäftigungsfähigkeit des Humankapitals in den sechs östlichen Partnerländern) (Odessa, Oktober 2010). Der Beitrag der ETF stützte sich auf eine Reihe von Marktstudien auf einzelstaatlicher

Ebene und eine grenzüberschreitende Analyse. Im Rahmen der Plattform der Östlichen Partnerschaft werden die Arbeiten fortgesetzt. Der Entwurf eines Arbeitsprogramms wurde auf der Plenarsitzung im Oktober zur Diskussion gestellt. Die ETF wird sich an den Aktivitäten der Plattform beteiligen, da eine der von den Partnerländern genannten Prioritäten die Antizipation und Abstimmung der Qualifikationen ist.

Im Hinblick auf das Erweiterungsgebiet arbeitet die GD EMPL weiterhin mit der ETF an den Personalentwicklungsüberprüfungen in den Kandidatenländern. Debatten und Diskussionen mit den Ländern werden 2012 organisiert. Grundlage der weiteren Zusammenarbeit wird die Struktur des neuen Instruments für Heranführungshilfe (IPA) sein,

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion.

Micheline Scheys (Belgien) ersucht um Klarstellungen zur Aussage der GD DEVCO zur möglichen Erreichung der Ziele für die Unterstützung der EU in den Bereichen soziale Integration und menschliche Entwicklung. Hjordis Ogendo erklärt, die Definition von sozialer Integration und menschlicher Entwicklung sei sehr weit gefasst und decke viele Aspekte ab. Als Beispiel führt sie die von der EU finanzierten Projekte in Lateinamerika und Asien an, wo das Ziel von 20 % aller Fördermittel bereits erreicht sei.

Alberto Cutillo (Italien) dankt den Vertretern der Kommission für ihre Präsentationen und erbittet weitere Einzelheiten zu der Bereitstellung von jeweils 1 Mio. EUR in den Jahren 2012 und 2013 für die ETF. João Delgado bestätigt, dass die ETF diese zusätzlichen Mittel erhalten werde; dies werde jedoch durch einen direkten Vertrag mit der Europäischen Kommission geregelt.

Maurice Mezel (Frankreich) dankt den Vertretern der Kommission für ihre Präsentationen und beglückwünscht die ETF zu ihrem umfangreichen Beitrag zur Arbeit der Kommission. Er informiert die Vorstandsmitglieder über eine Reihe von Veranstaltungen in Marokko mit 150 Vertretern der Sozialpartner aus 12 Ländern, Ländern aus dem südlichen Mittelmeerraum und EU-Mitgliedstaaten, auf denen über die Governance in der Berufsbildung diskutiert wurde.

Nuno Pestana (Portugal) fragt die Vertreter der Kommission, ob weitere finanzielle Mittel zur Förderung der Mobilität der Teilnehmer am neuen Programm für das Lernen am Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden und ob sich die Erfahrungen, die die EU-Mitgliedstaaten bei Mobilitätsmaßnahmen wie z. B. Leonardo da Vinci gesammelt haben, auf die Nachbarschaftsländer übertragen lassen. Der Vorsitzende erklärt, das Programm, das demnächst von der Kommission verabschiedet werde, solle die bestehende Aufsplitterung im internationalen Austauschprogramm überwinden und beinhalte einen Teil für internationale Lernaustauschmaßnahmen zwischen der EU und anderen Ländern, vor allem den Nachbarschaftsländern. Die Mobilität in der Berufsbildung solle insbesondere bei Personen in der beruflichen Erstausbildung, ihren Ausbildern und Lehrkräften gefördert werden. Auch die akademische Mobilität werde verstärkt, und die Kommission beabsichtige, das EU-Angebot besser bekannt zu machen, das Verfahren zu vereinfachen und die Austauschmaßnahmen zu unterstützen, die derzeit im Rahmen von *Erasmus Mundus* finanziert werden.

Juraj Vantuch (Slowakei) bittet um Klarstellung zu den Fortschrittsüberwachungsformularen, die von den EU-Mitgliedstaaten zu den kurzfristigen Zielen des Brügge-Prozesses ausgefüllt werden sollen, und João Delgado erklärt, das Cedefop arbeite an dieser Frage und werde die Ergebnisse auf der nächsten ReferNet-Sitzung vorlegen.

Der Vorsitzende gibt einen kurzen Überblick über die Arbeiten zur **externen Bewertung der ETF** in den letzten Monaten. Der Entwurf des Abschlussberichts wird demnächst vom Bewerter vorgelegt, und die Lenkungsgruppe wird am 1. Dezember zusammentreten, um zu überprüfen, ob ihre Empfehlungen berücksichtigt wurden. Diese betrafen hohe Qualitätsstandards, eine eingehende Interpretation der gesammelten Daten und Ergebnisse sowie die Informationen über die verwendeten Methoden und Datenquellen und die diesbezüglichen Zusammenhänge. Die Kommission hofft, dass der Bericht vom Lenkungsausschuss genehmigt wird. Der Vorsitzende kündigt an, dass das Dokument auf der nächsten Sitzung des Vorstands erörtert werden soll.

ii. Trends und Entwicklungen bei der ETF

Madlen Serban stellt die Aktivitäten der ETF seit der letzten Vorstandssitzung am 15. Juni 2011 vor.

Die Hauptthemen waren bessere Beziehungen zu den wichtigen Akteuren und bessere externe Kommunikation, strukturierter politischer Dialog und späterer Kapazitätsaufbau in den Partnerländern sowie eine verbesserte interne Effizienz der ETF in Bezug auf Qualität und Kostenwirksamkeit.

Die ETF und das Europäische Parlament

Die Unternehmenskonferenz zum NQR wurde am 6. und 7. Oktober im Europäischen Parlament ausgerichtet. Die ETF organisierte mit drei weiteren Agenturen (Cedefop, EU-OSHA und Eurofound) ein gemeinsames Seminar am 30. Juni in Brüssel zum Thema „*Youth and Employment. From education to the workplace*“ (Jugend und Beschäftigung. Von der Schule in die Arbeitswelt). Parallel dazu nahm die ETF an der Ausstellung im Rahmen der KMU-Woche im Europäischen Parlament (6. Oktober) teil, leistete einen Beitrag zu dem von der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas organisierten Seminar „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ (19. Oktober) und stellte die Arbeit der ETF auf der Konferenz über die Rolle der Frauen im Demokratisierungsprozess in Nordafrika (20. Juni) in Zusammenarbeit mit den Ausschüssen „Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter“ (FEMM) und „Entwicklung“ (DEVE) vor.

Die ETF beteiligte sich an den technischen Diskussionen und der Erstellung der Berichte in den verschiedenen Ausschüssen des Europäischen Parlaments, u. a.: i) technischer Beitrag zur Mitteilung über die ENP, MdEP Sylvana Rapti (30. Juni); ii) technischer Beitrag zum EP-Bericht über die Umsetzung der ENP, MdEP Vincent Peillon (19. September); technischer Beitrag zum Bericht des EP über die Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, MdEP Mario David (30. Juni).

Vertreter der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas besuchten die ETF am 10.-11. Oktober, und MdEP Panzeri nahm an der von der ETF mitveranstalteten EU-Mittelmeerkonferenz zum Thema Kompetenzen und Migration am 18. November in Rom teil.

Die ETF und die Europäische Kommission

Die ETF arbeitete eng mit den Kommissionsdienststellen zusammen und stellte bei verschiedenen Gelegenheiten ihre Arbeit vor, z. B. die Arbeit zur Migration bei der GD HOME, GD EMPL, GD DEVCO und dem EAD (6.-8. Juli) und die ETF-Aktivitäten in der ENP im Osten und Süden bei der GD DEVCO (7. September). Am 11. November besuchten Vertreter der GD EAC die ETF, und die ETF wurde von der Kommission zur Sitzung der für Berufsbildung zuständigen Generaldirektoren (26.-27. September) und des ACVET (Beratender Ausschuss für Berufsbildung) (14. November) eingeladen.

Die ETF und der Rat

Auf Einladung des ungarischen Ratsvorsitzes stellte die ETF auf der Sitzung des Ausschusses für Bildungsfragen in Budapest (17. Juni) den Turin-Prozess vor. In Zusammenarbeit mit dem polnischen Ratsvorsitz und der ständigen Vertretung Polens bei der EU organisierte die ETF eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema „Entwicklung des Humankapitals im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (4. Oktober).

Die ETF und der Ausschuss der Regionen

Vertreter des Ausschusses der Regionen nahmen auf Einladung der ETF an deren Workshop in Tunesien (5. Juli, Tunis), dem Runden Tisch zur Multi-Level-Governance (4. November, Turin) und der ETF-Konferenz „*Governance and effective VET policies: the role of evidence based policy making. A Torinet initiative*“ (Governance und wirksame Berufsbildungspolitik: die Rolle der evidenzbasierten Politikgestaltung. Eine Initiative des Torinet) (23.-24. November, Turin) teil.

Die ETF und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)

Der EWSA lud die ETF ein, ihre Erfahrung und Arbeit zur Migration auf dem gemeinsamen Workshop des EWSA und der Gesellschaftskammer der Russischen Föderation (28. Juni) und bei der öffentlichen Anhörung zur attraktiveren Gestaltung der postsekundären Berufsbildung (12. Juli) vorzustellen. Die Kommission für Außenbeziehungen erörterte die Vorschläge der ETF für das

Arbeitsprogramm 2012 in Bezug auf die künftige Zusammenarbeit (29. Juni). Ihre Vertreter nahmen an der Unternehmensveranstaltung der ETF zum Thema Qualifikationsrahmen (6.-7. Oktober) und dem ETF-Workshop in Tunesien (4. Juli) teil.

Die ETF und andere EU-Agenturen

Die ETF und das Cedefop entwickelten einen Aktionsplan für 2011 und Mitarbeiter der beiden Agenturen nahmen an verschiedenen Aktivitäten, einschließlich der ETF-Konferenz „*Qualifications frameworks, from concepts to implementation*“ (Qualifikationsrahmen, vom Konzept zur Umsetzung) (Brüssel, 6.-7. Oktober), eines Seminars zum Wissensaustausch von ETF und Cedefop (Thessaloniki, 24. Juni) und des Cedefop-Workshops über die Abstimmung und Antizipation von Kompetenzen (Athen, 13.-14. November), teil.

Die ETF arbeitet auch mit Eurofound zusammen, und im Juli wurde ein gemeinsamer Aktionsplan für 2012 vereinbart. Die ETF wurde zur Teilnahme an der Eurofound-Veranstaltung „*Social and economic impact of migration: Central and East-European perspectives*“ (Soziale und wirtschaftliche Auswirkungen der Migration: mittel- und osteuropäische Perspektiven), 17.-18. November, Warschau, Polen, und der Seminarreihe der Stiftung 2011-2012 „*Improving working conditions: contribution to active ageing*“ (Verbesserung der Arbeitsbedingungen: Beitrag zum aktiven Altern), Dublin, 7.-9. November, eingeladen. Ein Eurofound-Vertreter nahm an der Sitzung des Beratenden Ausschusses des Sozialpartnerschaftsprojekts der ETF in der ENP Süd statt.

Die ETF nahm ferner am gemeinsamen Seminar der vier „Beschäftigungsagenturen“ (Cedefop, OSHA, Eurofound und ETF) zum Thema Jugend und Beschäftigung (30. Juni 2011) teil, das mit Unterstützung des Beschäftigungsausschusses des Europäischen Parlaments organisiert wurde.

Zusammenarbeit mit den Institutionen der EU-Mitgliedstaaten

Die ETF arbeitete sehr gut mit dem polnischen Ratsvorsitz zusammen und nahm an verschiedenen Sitzungen in diesem Zeitraum teil. Madlen Serban dankt dem Ratsvorsitz für die Zusammenarbeit und die Unterstützung in diesen Monaten.

Die Stärkung der Beziehungen zu den Institutionen, die in der Humankapitalentwicklung aktiv sind, durch die Teilnahme von Vorstandsmitgliedern und anderen nationalen Sachverständigen aus der EU an ETF-Veranstaltungen gehört zu den Zielen der ETF. Mehrere Vorstandsmitglieder haben an ETF-Veranstaltungen teilgenommen. Studienbesuche/Peer-Learning-Aktivitäten wurden in EU-Mitgliedstaaten (Vereinigtes Königreich, Frankreich, Portugal, Österreich, Niederlande, Finnland) für Vertreter der ETF-Partnerländer organisiert. Die ETF arbeitete auch mit Einrichtungen aus den EU-Mitgliedstaaten, z. B. AFD (Frankreich), British Council (Vereinigtes Königreich), BIBB, GIZ und dvv international (Deutschland) ISFOL (Italien), COLO und CINOP (Niederlande), CNCP (Frankreich), Kulturkontakt (Österreich) und Organisationen der Sozialpartner (Spanien, Italien, Frankreich usw.), zusammen.

Aus **Italien** erhielt die ETF Unterstützung von verschiedenen Einrichtungen und Organisationen. Das Außenministerium organisierte am 18. November eine hochrangige regionale Konferenz zur kompetenzbezogenen Dimension der Migration im Mittelmeerraum, an der Vertreter wichtiger Regierungseinrichtungen und Wissenschaftler aus der Region sowie internationaler Organisationen teilnahmen.

Die ETF arbeitet auch mit ISFOL, dem italienischen Forschungszentrum für Arbeitsmarkt- und Berufsbildungsfragen, zusammen. Nach institutionellen Treffen im Februar und April 2011 wurde die ETF durch aktive Beiträge von leitenden Sachverständigen im EuroMed-Projekt zu regionalen Qualifikationen (Casablanca, 20.-21. Juni) und dem marokkanischen nationalen Programm zur Evaluierung des Berufsbildungssystems (Rabat, 27.-28. Juni) unterstützt.

Die ETF organisierte im Juli einen Workshop über Geschlechterfragen bei der Unternehmensnachfolge (insbesondere Berufsberatung und Beratungsdienste für Kleinunternehmen) für den italienischen nationalen Handwerksverband.

Die ETF begleitete eine Delegation aus Nordzypern bei einem Besuch des Politecnico di Torino. An der usbekischen Universität „Politecnico di Torino“ in Taschkent fand am 20. September der Workshop der ETF über NQR und internationale Zusammenarbeit statt.

Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen

Die ETF arbeitet mit verschiedenen internationalen Organisationen zusammen, z. B. UNESCO, OECD, ILO, Europäische Investitionsbank, Asiatische Entwicklungsbank (alle Mitglieder der agenturenübergreifenden Arbeitsgruppe), Weltwirtschaftsforum – Globale Bildungsinitiative und Sekretariat des Regionalen Kooperationsrats (RCC).

Die ETF nimmt weiterhin an Sitzungen der agenturenübergreifenden Arbeitsgruppe zur Berufsbildung teil und beteiligte sich an der Sitzung der Beratungsgruppe zur Vorbereitung des 3. Weltkongresses zur TVET (19. September, Paris).

Auf der Grundlage des gemeinsamen Aktionsplans, der mit dem Sekretariat des Regionalen Kooperationsrats (RCC), *Task Force Fostering and Building Human Capital in South Eastern Europe* (Taskforce für Förderung und Aufbau des Humankapitals in Südosteuropa), und der ERI SEE (Bildungsreforminitiative Südosteuropa) vereinbart worden war, wurde gemeinsam eine Reihe von Aktivitäten gestartet.

Die ETF führt gemeinsam mit Deloitte den Vorsitz in der Arbeitsgruppe zu bewährten Verfahren für unternehmerisches Lernen im Rahmen des Weltwirtschaftsforums.

Was die Zusammenarbeit mit der OECD betrifft, wurde die ETF ersucht, die Vorbereitung der Sitzung der Arbeitsgruppe Humankapital im Rahmen des OECD-Wettbewerbsfähigkeitsprogramms für Eurasien zu unterstützen. Die ETF nahm an der Konferenz der OECD *Enterprise and competitiveness policies for Eastern Europe and the south Caucasus* (Unternehmens- und Wettbewerbsfähigkeitsstrategien für Osteuropa und den südlichen Kaukasus) am 15.-17. Juni in Prag teil und stellte die Ergebnisse der Politikanalyse zu KMU vor. Außerdem nahm die ETF an der von OECD und RCC gemeinsam organisierten Ministertagung „*A 2020 Vision für South East Europe*“ (Eine Vision für Südosteuropa 2020) am 24. November in Paris teil.

Es wurde eine Zusammenarbeit mit der *European Group on Public Administration* (EGPA) begonnen, und die ETF wurde zur Beteiligung am Europa-Mittelmeerdiallog über die öffentliche Verwaltung in Marokko vom 12.-14. Oktober eingeladen. Gleichzeitig beteiligte sich der EGPA-Vertreter aktiv an den Diskussionen beim Runden Tisch zur Multilevel-Governance (Turin, 4. November) und der ETF-Konferenz „*Governance and effective VET policies: the role of evidence based policy making. A Torinet initiative*“ (Governance und wirksame Berufsbildungspolitik: die Rolle der evidenzbasierten Politikgestaltung. Eine Initiative des Torinet. (23.-24. November, Turin).

Die ETF setzte den Austausch von Fachwissen mit dem Sekretariat der Union für das Mittelmeer und dem Zentrum für Integration im Mittelmeerraum fort.

Auch verschiedene internationale Organisationen waren bei ETF-Veranstaltungen vertreten.

Unternehmensveranstaltungen

Seit der letzten Sitzung des Vorstand hat die ETF folgende Veranstaltungen organisiert:

- „*Qualifications Frameworks - from concepts to implementation*“ (Qualifikationsrahmen, vom Konzept zur Umsetzung), Europäisches Parlament, Brüssel, 6.-7. Oktober;
- „*Multilevel-Governance*“, Runder Tisch, ETF, 4. November;
- „*Governance and effective VET policies: the role of evidence based policy making. A Torinet initiative*“ (Governance und wirksame Berufsbildungspolitik: die Rolle der evidenzbasierten Politikgestaltung. Eine Initiative des Torinet. (23.-24. November, Turin).

Zur Vorbereitung der für 2012 geplanten Runde des Turin-Prozesses überarbeitete die ETF den Analyserahmen und das Beihilfepaket, einschließlich des Teils zu den Führungsstrukturen (Governance). Zentrale Ziele der neuen Maßnahmen sind eine stärkere Beteiligung und Identifikation

mit dem Prozess und eine Steigerung der Qualität der Daten und Analysen. Die Kandidatenländer haben bei der Berichterstattung auch die Anforderungen des Brügge-Kommuniqués zu erfüllen. Dahinter steht der Grundsatz, die Konvergenz der Berichterstattung zum Brügge- und Turin-Prozess in den anderen Partnerländern sicherzustellen.

Maßnahmen zum Kapazitätenaufbau für eine faktengestützte Politikgestaltung wurden in 10 Ländern gestartet. Im Mittelpunkt standen Führungsstrukturen und Rollen und Aufgaben der Institutionen unter politik- bzw. sektorspezifischen Gesichtspunkten – Qualität, Übergänge und Synergien mit anderen Initiativen. Das erste Treffen des Netzwerks fand am 23.-24. November in Turin statt.

Aktivitäten der ETF in den Westbalkanländern und der Türkei

Es werden einige Beispiele für spezifische Aktivitäten der ETF vorgestellt, die in den Westbalkanländern und der Türkei entwickelt wurden: i) Vorbereitung eines IPA-Mehrländerprojekts zur sozialen Integration durch Bildung und Ausbildung; ii) gegenseitiges Lernen im Bereich von Aktivierungsmaßnahmen, Grundkompetenzen für Erwachsene, postsekundäre Berufsbildung und Qualitätssicherung durch Studienbesuche, Seminare und Vorbereitung politischer Kurzberichte; iii) Politikbewertungen von unternehmerischem Lernen und unternehmerischen Fähigkeiten im Rahmen der Regelung für kleine Unternehmen („Small Business Act“) in allen Ländern; iv) Unterstützung bei der Entwicklung von NQR in Bosnien und Herzegowina, Kroatien, dem Kosovo, Serbien und der Türkei; v) Unterstützung der berufsbegleitenden Weiterbildung von Lehrkräften in Montenegro; Indikatoren und Ursachen für den Schulabbruch im Kosovo, Abstimmung zwischen Kompetenzangebot und -nachfrage in Kroatien und vi) Vereinbarung über die Unterstützung der nationalen Strategieplanung in der Berufsbildung in Albanien und der Ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

Aktivitäten der ETF im südlichen Mittelmeerraum

Aufgrund der politischen Veränderungen in der Region seit der letzten Vorstandssitzung entwickelte die ETF eine Reihe von Aktivitäten: i) Unterstützung bei der Überwachung des Notfallplans für Beschäftigung und Vorbereitung eines regionalen Entwicklungsprojekts in Tunesien; ii) Förderung der Debatte zur kommenden nationalen Berufsbildungsstrategie und des NQR in Marokko; iii) nationale Konferenz zum NQR im Libanon in Zusammenarbeit mit der italienischen Entwicklungszusammenarbeit; iv) Unterstützung der Planung von EU-Maßnahmen in Algerien, Ägypten und den besetzten palästinensischen Gebieten. Die Aktivitäten in Syrien sind immer noch ausgesetzt und durch die Situation in Ägypten verzögern sich die EU-Maßnahmen in der Bildung und TVET weiterhin.

Die ETF unterstützte außerdem eine Reihe von Entwicklungen und Veranstaltungen, z. B.: EuroMed-Arbeitsgruppe zur industriellen Zusammenarbeit (14.-15. November), in der die praktische Umsetzung der Ergebnisse der Ministertagung in Malta erörtert wurde und die ETF Input zur kompetenzbezogenen Dimension der nachhaltigen Entwicklung und Analyse des Ausbildungsbedarfs lieferte; Gipfeltreffen Europa-Mittelmeer der Wirtschafts- und Sozialräte (Istanbul, 16.-17. November), auf dem die ETF ihre Erfahrung in Bezug auf Kompetenzen und Migration einbrachte. Im Rahmen der vom Sekretariat der Union für den Mittelmeerraum (UfM) organisierten Woche des Mittelmeerraums in Barcelona (21.-25. November) stellte die ETF die Ergebnisse ihrer Arbeit zur Humankapitalentwicklung in Nordafrika, zur Zusammenarbeit zwischen Bildung und Wirtschaft und zu Unternehmensgründungen von Frauen vor. Qualifikationen für KMU waren eines der Themen, die auf der vom UfM-Sekretariat in Barcelona (21. November) organisierten Sitzung der Kerngruppe „KMU“ erörtert wurden, an der die ETF teilnahm. Die dritte Beschäftigungsfähigkeitsprüfung wurde von der ETF bei der Sitzung der Hochrangigen EuroMed-Expertengruppe „Beschäftigung“ (21. November) vorgestellt.

Aktivitäten in der Östlichen Partnerschaft und in Zentralasien

Mit der Selbstbewertung und externen Überprüfung der Fortschritte in der KMU-Politik und der Leistungsfähigkeit der KMU in Osteuropa wurde 2011 begonnen. In der Ukraine, Belarus, Russland und Armenien fanden vier Peer-Learning-Besuche zur Weiterbildung statt, und die ETF organisierte eine Konferenz zur Validierung nicht formalen und informellen Lernens in Chişinău (10.-11. November) im Rahmen der Mobilitätspartnerschaften mit der Republik Moldau, Georgien und Armenien. Auf der internationalen Berufsbildungskonferenz in Armenien diskutierte die ETF mit verschiedenen Akteuren

über die Bedeutung der Berufsbildung für die wirtschaftliche Entwicklung. Workshops über NQR, Qualitätssicherung und Governance wurden in der Republik Moldau, Georgien, Russland und der Ukraine organisiert. Eine Pilotbewertung der Indikatoren für nachhaltige Entwicklung in den östlichen Partnerschaftsländern wurde in einem von der ETF organisierten Workshop im November durchgeführt.

Zu Zentralasien werden folgende Beispiele angeführt: i) Unterstützung von EU-Berufsbildungsprojekten in Kasachstan und Turkmenistan; ii) Workshops über NQR in Usbekistan, unternehmerisches Lernen in Tadschikistan, Lernen am Arbeitsplatz und Lehrkräfteausbildung in Kasachstan, Erwachsenenbildung in Kirgisistan; iii) Veröffentlichung zur Schulentwicklung in Zentralasien (fast fertiggestellt) und iv) Start einer Erhebung zum Übergang von der Schule in die Arbeitswelt in Kirgisistan als Instrument einer faktengestützten Politikgestaltung.

Entwicklung themenbezogenen Fachwissens

Das themenbezogene Fachwissen der ETF wird weiterentwickelt, um die Verbesserung der Berufsbildung in den Partnerländern zu unterstützen. Die ETF verfügt über fünf Wissensgemeinschaften: i) Qualifikationen und Qualität; ii) Unternehmertum und unternehmerische Fähigkeiten; iii) Governance und lebenslanges Lernen; iv) soziale Integration und Chancengleichheit in der Berufsbildung und v) nachhaltige Entwicklung.

Das Team für Qualifikationen und Qualität bereitete die Unternehmenskonferenz zur Umsetzung der NQR-Regelungen, die Einführung der Qualifikationsplattform (6.-7. Oktober) und die Studie über institutionelle Regelungen für NQR vor. Das Verzeichnis der NQR-Entwicklungen in den ETF-Partnerländern 2011 wurde fertiggestellt, und Kroatien, dem Kosovo, der Türkei und der Ukraine wurde Unterstützung bei der Entwicklung von NQR angeboten.

Das Team für Unternehmertum und unternehmerische Fähigkeiten unterstützte die Einführung von SBA Assessments (Überprüfungen der Fortschritte in verschiedenen Politikbereichen der Regelung für Kleinunternehmen) in der östlichen Partnerschaftsregion und organisierte eine Konferenz über die Lehrkräfteausbildung für unternehmerisches Lernen im Juni in Istanbul. Das Team „Governance und lebenslanges Lernen“ beteiligte sich an der Vorbereitung des Runden Tisches zur Multilevel-Governance in der allgemeinen und beruflichen Bildung (4. November) und unterstützte die Durchführung des Sozialpartnerschaftsprojekts in der südlichen Mittelmeerregion.

Die ETF verbreitete die Ergebnisse des Projekts „Frauen und Arbeit“ auf der Sitzung des *Euromed Gender Equality Programme* (EGEP) zu Geschlechterfragen in der Mittelmeerregion. Das Team „nachhaltige Entwicklung“ richtete den Workshop „*Indicators on learning for sustainable development in vocational schools*“ (Indikatoren für das Lernen über nachhaltige Entwicklung in beruflichen Schulen) (23.-24. September) aus.

Im Rahmen des Projekts zur Abstimmung und Antizipation von Kompetenzen wurde ein Expertennetz eingerichtet und werden derzeit Konzepte zur Abstimmung und Antizipation von Kompetenzen geprüft und das methodische Papier zur Messung von Qualifikationsungleichgewichten vorbereitet.

Ein weiteres Projekt ist dem Lernen in verschiedenen Kontexten und der Berufsbildung gewidmet und beinhaltet den Start einer Studie zu Strategien für das Lernen am Arbeitsplatz und dem Angebot in den ETF-Partnerländern sowie ein Dokument über formale und informelle Ausbildungsverhältnisse. Die Fokusgruppe „Lehrkräfte und Ausbilder“, bestehend aus Experten aus den besetzten palästinensischen Gebieten, Algerien, Kasachstan und Belarus, nahm im September an einem Studienbesuch in Österreich teil und kam im Oktober in Turin zu einer zweiten Sitzung zusammen.

Im Bereich Migration und Kompetenzen konzentriert sich die ETF auf die Aktualisierung und Anpassung ihrer Methodik an die länderspezifischen Bedingungen, sie startete Erhebungen in Armenien, Georgien und Marokko und lieferte Informationen für Mitteilungen der Kommission.

Rechnungshof

Vom 14. bis 18. November wurde die ETF vom Rechnungshof geprüft. Vorläufige Anmerkungen werden nach der Vorstandssitzung vorgelegt.

Leistungsmanagement-Rahmen der ETF

2011 arbeitet die ETF an der Weiterentwicklung ihres Leistungsmanagementsystems, um dessen Mehrwert zu steigern und zu belegen. Das ergebnisorientierte System bietet einen Rahmen für die Qualitätssicherung der gesamten Organisation und verfolgt ein umfassendes Konzept, das sowohl qualitative als auch quantitative Indikatoren berücksichtigt. Die Dokumente zum Leistungsmanagement-Rahmen, die durch das Qualitätsmanagementsystem der ETF untermauert werden, werden voraussichtlich 2011 fertiggestellt, sodass sie 2012 umgesetzt werden können. Ein jährlicher Leistungsbericht bietet eine Informationsgrundlage für den jährlichen Tätigkeitsbericht und umfasst: eine Qualitätsbewertung der Arbeit der ETF nach Funktionen, eine Kostenwirksamkeitsanalyse der Ergebnisse und ihrer Kosten und eine Ermittlung des Mehrwerts und der Verbesserungsmöglichkeiten.

Humanressourcen

Das Auswahlverfahren für die Stelle des stellvertretenden Direktors ist abgeschlossen. Der erfolgreiche Kandidat ist Shawn Mendes, der ehemalige Vertreter Schwedens im Vorstand. Was den Stellenplan betrifft, geht die ETF davon aus, dass bis zum 31. Dezember 2011 89 von 96 Stellen besetzt sein werden. 2012 sind insgesamt 10 freie Stellen zu besetzen. Ebenfalls bis zum 31. Dezember 2011 wird das Personal nach Schätzungen der ETF insgesamt 33 Vertragsbedienstete, 2 lokale Bedienstete und einen abgeordneten nationalen Sachverständigen umfassen. Eine Aufschlüsselung nach Abteilungen, Geschlecht und Nationalität wird vorgelegt.

Mittelübertragungen innerhalb des Haushaltsplans

Die Direktorin legt eine Liste von Mittelübertragungen vor, die 2011 gemäß den Empfehlungen des Rechnungshofs durchgeführt wurden.

iii. Aktuelle Informationen zum polnischen, dänischen und zyprischen Ratsvorsitz

Danuta Czarnecka (Polen) stellt die Ergebnisse des polnischen Ratsvorsitzes vor und berichtet, dass sich die Aktivitäten im Bildungsbereich auf folgende Prioritäten konzentrierten: Bildung für Mobilität, Modernisierung der Hochschulbildung und Mobilität von Studierenden, Doktoranden und Lehrpersonal.

Die wichtigsten Veranstaltungen des polnischen Ratsvorsitzes waren:

- Konferenz zur östlichen Dimension der Mobilität, Warschau, 6.-7. Juli;
- Sommerakademie „Demokratie in der Schule“ (Begleitveranstaltung) Warschau/Sulejówek, 6.-7. Juli;
- Seminar „*Examining Quality Culture in Higher Education Institutions*“ (Qualitätskultur an Hochschuleinrichtungen), Brüssel, 16. September;
- Marie-Curie-Forschungssymposium „*SCIENCE – Passion, Mission, Responsibilities*“ (WISSENSCHAFT – Passion, Mission, Verantwortung), Warschau, 26.-27. September;
- Konferenz über mehrsprachige Kompetenzen für beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg in Europa, Warschau, 28.-29. September;
- Sitzung zur Humankapitalentwicklung im Kontext der Europäischen Nachbarschaftspolitik (Vertretung Polens bei der EU, Brüssel);
- „*Modernisation of higher education*“ (Modernisierung des Hochschulwesens), Konferenz, Sopot, 24.-25. Oktober.

Im Bereich der Hochschulbildung arbeitete der polnische Ratsvorsitz als Mitvorsitzender des Bologna-Prozesses gemeinsam mit Dänemark als Land des nächsten Ratsvorsitzes an der Ausarbeitung des

Kommuniqués für die nächste Ministertagung, die im April 2012 in Bukarest stattfindet, und unterstützte die Organisation der Sitzungen der Bologna-Follow-up-Gruppe.

Unter dem polnischen Ratsvorsitz verabschiedete der Rat „Bildung“ die folgenden Dokumente: Schlussfolgerungen des Rates zur Modernisierung der Hochschulbildung, Schlussfolgerungen über Sprachenkompetenz zur Förderung der Mobilität, Schlussfolgerungen zu einer Benchmark für die Lernmobilität und die EntschlieÙung über eine erneuerte europäische Agenda für die Erwachsenenbildung. Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über das Thema „Effiziente Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung in Zeiten der Krise“.

Hanna Dam (Dänemark) gibt einen kurzen Überblick über die Prioritäten des kommenden dänischen Ratsvorsitzes, dessen Hauptziel es ist, die Verbindung und das Zusammenspiel zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung und Arbeitsmarkt zu fördern. Dieses Ziel soll im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ und des Programms „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“ einschließlich des Kopenhagen-Prozesses vorangebracht werden.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des dänischen Ratsvorsitzes in den Bereichen Bildung und Jugend werden folgende Themen stehen: Förderung der Berufsbildung, Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, Attraktivität der Berufsbildung, Innovation und Weiterbildung, Bildung und Unternehmertum sowie Jugend, Kreativität, Innovation und aktive Bürgerschaft. Auf der Ratstagung werden die Minister folgende Themen erörtern: Die nächste Generation der Mobilitätsprogramme, Allgemeine und berufliche Bildung 2020 – Prioritäten für den nächsten Zyklus (2011-14), Benchmarks zur Beschäftigungsfähigkeit, Validierung nicht formalen und informellen Lernens mit Schwerpunkt auf der Förderung von Rahmen und Verfahren für die Validierung nicht formalen und informellen Lernens bis 2015, Förderung von Systemen zur Validierung nicht formalen und informellen Lernens in Verbindung mit nationalen Qualifikationsrahmen und Lernergebnissen und mit Schwerpunkt auf dem Aufbau von Partnerschaften zur Verbesserung der Validierungsmöglichkeiten in allen Sektoren und sektorübergreifend.

Folgende Veranstaltungen sind geplant:

- 18.-21. März 2012, Sorø, Jugendkonferenz über Kreativität, Innovation und aktive Bürgerschaft;
- 24.-25. April 2012, Kopenhagen, Berufsbildungskonferenz „Zusammenarbeit zwischen Berufsbildung und Wirtschaft zur Förderung von neuen Kompetenzen, Innovation und Wachstum“;
- 9.-11. Mai 2012, Kopenhagen, Konferenz zur Hochschulbildung anlässlich des 25. Jubiläums des Erasmus-Programms;
- 18.-19. Juni 2012, Horsens, Konferenz über Bildung und Unternehmertum.

In Zusammenarbeit mit der ETF wird eine Präsentation der Aktivitäten der ETF für die Mitglieder des Bildungsausschusses und Vertreter aus fünf Partnerländern organisiert. Tunesien, Marokko, Ägypten, die besetzten palästinensischen Gebiete und Jordanien werden Gelegenheit zur Teilnahme an zwei Veranstaltungen im Berufsbildungsbereich haben, die der Ratsvorsitz organisiert.

Panayiota Shiakalli (Zypern) stellt die Prioritäten des zyprischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union vor: Solidarität, die soziale Dimension und das Europa der Bürger. Der zyprische Ratsvorsitz wird sich mit dem mehrjährigen Finanzrahmen, wirtschaftspolitischer Steuerung und der Durchführung der Strategie EU 2020 beschäftigen, wobei der Schwerpunkt auf der Mittelmeer-Dimension und der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung liegt.

Im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung wird eine wesentliche Herausforderung darin liegen, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament eine Vereinbarung zur nächsten Generation der EU-finanzierten Programme in den Bereichen Bildung, Kultur und Jugend zu erzielen. Gleichzeitig soll das Ziel verfolgt werden, den Beitrag von Bildung, Jugend und Kultur zur Strategie *Europa 2020* und den damit verbundenen Leitinitiativen zu beobachten und die Rolle der EU als führende Kraft im Europa-Mittelmeer-Szenario zu stärken.

Diskutiert werden soll auch über soziale Gerechtigkeit und die Achtung der Bürger- und Menschenrechte sowie eine nachhaltige Entwicklung durch Freisetzung von Synergien zur

Bekämpfung der Armut und zum Schutz gefährdeter Gruppen. In diesem Rahmen wird sich der Ratsvorsitz auch mit sozialer Gerechtigkeit und Exzellenz in der Berufsbildung befassen. Besonderes Augenmerk soll auf Querschnittsthemen, wie z. B. die Beseitigung von Lernhindernissen, die Förderung des Sprachenlernens, Informations- und Kommunikationstechnologien, politische Kooperation und Mobilität gelegt werden.

Im Bereich der Hochschulbildung wird die Qualitätssicherung das zentrale Element sein. Diskussionen sollen u. a. zu folgenden Themen organisiert werden: Franchise, Finanzierung, Hochschulmanagement und herausragende Lehrangebote.

Andere Prioritäten ergeben sich aus der Notwendigkeit einer Erhöhung der Beteiligung an Programmen für lebenslanges Lernen, um u. a. hochwertige und sozial gerechte Bildungs- und Berufsbildungssysteme zu erreichen, die eine bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und sozialen Zusammenhalt ermöglichen.

Die wichtigsten Veranstaltungen im Bildungsbereich sind:

- Sitzung der hochrangigen Gruppe zur Bildungs- und Berufsbildungspolitik, 7.-8. Juni 2012;
- Sitzung des „*Bologna Board*“, August 2012, ausgerichtet in Bosnien und Herzegowina (noch zu bestätigen);
- Bologna-Follow-up-Gruppe, 28.-29. August 2012;
- Bildungskonferenz (Lese- und Schreibfähigkeit), 5.-6. September 2012;
- Europa-Mittelmeer-Ministertagung zum Thema Bildung und Forschung (in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro und dem Außenministerium), Oktober 2012 (noch zu bestätigen);
- Sitzung der Generaldirektoren für Berufsbildung, November 2012, mit folgenden Themen: Exzellenz in der Berufsbildung (soziale Gerechtigkeit, Durchlässigkeit und Mobilität in der Berufsbildung, vorbereitet von der Kommission); Bestandsaufnahme der Fortschritte in der Berufsbildung nach dem Brügge-Kommuniqué (ausgearbeitet vom Cedefop) und die Rolle der Berufsbildung bei der Förderung des sozialen Zusammenhalts;
- Konferenz zur Berufsbildung für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, November 2012;
- der informelle Ministerrat „Bildung und Kultur“ am 4.-5. Oktober 2012 zum Thema Lese- und Schreibkompetenz, Bildung und Wirtschaft, Überwachung der Fortschritte während des europäischen Semesters, Berufsbildung (noch zu bestätigen), Grundkompetenzen (noch zu bestätigen);
- die Konferenz des Ratsvorsitzes zur lebensbegleitenden Beratung findet am 24. Oktober 2012 statt und die Plenarsitzung des Europäischen Netzwerks für eine Politik der lebensbegleitenden Beratung (ELGPN) ist für den 25.-26. Oktober 2012 angesetzt.

Als wichtigste Dokumente stehen auf der Agenda des Rates: Mitentscheidungsverfahren zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament zur neuen Programmgeneration; Schlussfolgerungen des Rates über Gerechtigkeit und herausragende Leistungen in der Berufsbildung; Schlussfolgerungen des Rates zur Lese- und Schreibkompetenz, Entschlüsse oder Schlussfolgerungen des Rates zu Solidarität, Gerechtigkeit und Bürgerrechten in der Bildung; möglicherweise werden in Abhängigkeit vom Programm der Kommission andere Themen im Rat eingebracht.

5. ETF-Arbeitsprogramm 2012

Madlen Serban teilt mit, dass dem Arbeitsprogramm 2012 die folgenden Annahmen zugrunde liegen:

- i) Der Zuschuss der Europäischen Kommission für die ETF beläuft sich im Jahr 2012 auf 20,247 Mio. EUR (von der ETF beantragt: 20,81 Mio. EUR);
- ii) für das Jahr 2012 sind insgesamt 135 Stellen vorgesehen; und
- iii) im Jahr 2012 stehen insgesamt 129,5 Vollzeitäquivalente zur Verfügung.

Die Grundsätze des Arbeitsprogramms 2012 lauten: Planung und Verwaltung der Aktivitäten zur Verwirklichung der Zielsetzungen und für eine effiziente Nutzung der Ressourcen durch einen Ansatz für eine tätigkeitsbezogene Haushaltsplanung. Die Planung folgt einem Kaskadenprinzip und ist mehrdimensional: Sie umfasst die geografische, die funktionale und die thematische Dimension. Den Kontext der Aktivitäten der ETF bilden die EU-Außenpolitik und die innenpolitischen Ansätze der EU in Bezug auf die allgemeine und berufliche Bildung. Auf Länder- und Regionalebene bieten der Turin-Prozess von 2010 und ein kontinuierlicher Dialog mit wichtigen Akteuren die Informationsgrundlage für die Aktivitäten der ETF.

Xavier Matheu berichtet, dass für 2012 insgesamt 157 Ergebnisse angestrebt werden. Die Tätigkeiten der ETF werden in regions- und länderspezifischen Dokumenten beschrieben. In jedem Partnerland wird die Arbeit durch einen Umsetzungsplan operationalisiert. Im Bereich der Entwicklung themenbezogenen Fachwissens werden die Projekte für Innovation und Lernen (ILP) zur Abstimmung von Nachfrage und Angebot an Qualifikationen und Lernen in unterschiedlichen Kontexten und den Zusammenhängen zwischen Migration und Kompetenzen fortgesetzt. 2012 wird in allen Partnerländern die zweite Runde des Turin-Prozesses durchgeführt und das Torinet-Projekt wird seine Arbeit in 11 Partnerländern fortsetzen. Was die organisationsinternen Leistungsindikatoren betrifft, wird mithilfe des Dashboards die Erstellung vierteljährlicher Fortschrittsberichte über Ergebnisse, Risiken und Abhilfemaßnahmen unterstützt. 2012 wird die ETF eine externe Bewertung der Umsetzung der Mittelfristigen Perspektive 2010-2013 sowie Umfragen zur Zufriedenheit der ETF-Akteure in Auftrag geben. Die ETF hat jährliche Aktionspläne mit dem Cedefop und Eurofound vereinbart und wird auch mit anderen Agenturen zusammenarbeiten.

Der Zuschuss aus dem Gemeinschaftshaushalt beläuft sich im Jahr 2012 auf 20,247 Mio. EUR, von denen 67 % auf Titel 1, 8 % auf Titel 2 und 25 % auf Titel 3 entfallen. Aufgrund der Rolle der ETF als Kompetenzzentrum sind die Ausgaben unter Titel 1 größtenteils für die Bereitstellung von Sachverständigen in Partnerländern bestimmt, und somit werden 70 % der Fördermittel für operative Tätigkeiten und 30 % für Gemeinkosten aufgewendet. Insgesamt verteilt sich der operative Haushalt 2012 wie folgt: 30 % für die Erweiterungsregion, 22 % für den südlichen Mittelmeerraum, 18 % für die Östliche Partnerschaft, 10 % für Zentralasien, 14 % für die Entwicklung themenbezogenen Fachwissens und 6 % für methodische Entwicklung zur Unterstützung der evidenzbasierten Politikgestaltung und des Wissensmanagements.

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion.

Micheline Scheys (Belgien) stellt zwei Fragen: i) Hat die ETF die Ergebnisse der externen Bewertung bei der Planung des Arbeitsprogramms 2012 berücksichtigt und ii) wie kann die ETF ihre Aktivitäten innerhalb des Haushaltsrahmens verwalten, wenn die Durchführung durch die politische Lage in Ägypten, Syrien, Tunesien und Libyen beeinträchtigt wird? Madlen Serban erklärt, die ETF sei in der Lenkungsgruppe der externen Bewertung vertreten und der vorgelegte Berichtsentwurf habe geholfen, Maßnahmen vorzuschlagen, die eine größere Effizienz und Wirksamkeit der ETF-Aktivitäten mit geringeren Kosten ermöglichen dürften. Was die Verwaltung des Haushalts in Abhängigkeit von der politischen Lage betreffe, beabsichtige die ETF, Haushaltsmittel für Länder, in denen die politische Lage eine Durchführung von Berufsbildungsmaßnahmen nicht erlaube, wie z. B. Syrien, auf andere Länder zu übertragen, in denen ein Bedarf bestehe.

György Szent-Leleky (Ungarn) spricht die Diskussionen zum Kapazitätenaufbau auf dem informellen Treffen an und bittet um Ausführungen zu den Aktivitäten der ETF in diesem Bereich. Madlen Serban erklärt, der Kapazitätenaufbau auf institutioneller Ebene sei ein sehr wichtiger Teil der Arbeit der ETF und der Turin-Prozess enthalte einen Abschnitt zur Governance in der Berufsbildung. Durch das Torinet und andere Aktivitäten Sorge die ETF für einen Kapazitätenaufbau zum Zweck der Politikgestaltung.

Micheline Scheys erbittet weitere Informationen zur Ausarbeitung des Arbeitsprogramms 2012. Madlen Serban erläutert, die ersten Ideen und Grundsätze seien auf der Sitzung der Arbeitsgruppe zum jährlichen Tätigkeitsbericht 2010 und dem Arbeitsprogramm 2012 im März vorgelegt worden. Der erste Entwurf sei auf der Sitzung des Vorstands im Juni vorgelegt und in einem strukturierten Dialog mit den Kommissionsdienststellen fertiggestellt worden. Die ETF würde diese Vorgehensweise gern beibehalten, da sie eine bessere Absprache mit allen Akteuren ermögliche.

Der Vorstand billigt das Arbeitsprogramm 2012 der ETF.

6. Entwurf des Haushaltsplans der ETF

Der Vorsitzende teilt den Vorstandsmitgliedern mit, dass die zur Genehmigung vorgelegten Zahlen nicht mit denjenigen übereinstimmen, die die Haushaltsbehörden für die ETF verabschiedet haben. Die Kommissionsdienststellen seien sich dieser Situation bewusst und würden Anfang 2012 Mittelübertragungen zwischen den Haushaltslinien vornehmen und den EU-Haushaltsplan und den genehmigten Haushaltsplan für die ETF aufeinander abstimmen.

Alastair Macphail (ETF) teilt mit, der Haushaltsplan sei erst nach der Genehmigung des EU-Haushalts endgültig, die für den 1. Dezember 2011 vorgesehen sei. Die ETF sei darüber informiert worden, dass sich die Haushaltsbehörden auf eine lineare Kürzung der Haushaltspläne aller EU-Agenturen um 1 % geeinigt haben. Wenn dies bestätigt werde, werde die ETF die Vorstandsmitglieder auffordern, einen geänderten Haushaltsplan im schriftlichen Verfahren zu genehmigen.

Für den Haushaltsplan 2012 verzeichnete die ETF eine Erhöhung der Zahlungsermächtigungen um 2 %. Sie verteilen sich wie folgt: 13 725 000 EUR für Titel 1; 1 535 000 EUR für Titel 2 und 4 987 000 EUR für Titel 3. Es werden Informationen über die Verteilung auf die einzelnen Titel, den Stellenplan sowie die Aufteilung der Mittel auf die Regionen, Funktionen und Themen vorgelegt.

Madlen Serban erklärt, eine Kürzung um 1 % werde sich auf die Aktivitäten und geplanten Ergebnisse auswirken. Insgesamt 2,5 Ergebnisse würden aus der Region Zentralasien kommen, der Rest aus der östlichen Partnerschaftsregion und den Westbalkanländern. In Bezug auf Titel 1 und 2 werde die ETF den Einstellungsplan ändern und einige Investitionen verschieben.

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion.

Nuno Pestana (Portugal) ersucht um Klarstellung zu Kapitel 3.1 des Haushaltsplans „Allgemeine Veröffentlichungen“. Alastair Macphail erklärt, im ETF-Haushaltsplan würden dieselben Rubriken verwendet wie im Haushalt der Kommission und die Spezifikationen im Kapitel „Veranstaltungen“ bezögen sich auf die Organisation der Workshops und Konferenzen, für die Berichte, Faltblätter usw. vorbereitet werden.

Sara Parkin (unabhängige Sachverständige des Europäischen Parlaments) begrüßt die Präsentation und bittet darum, die Präsentationen vor der Sitzung verfügbar zu machen.

Maurice Mezel (Frankreich) erbittet weitere Einzelheiten zum Verfahren zur Genehmigung des Haushaltsplans im Falle einer Kürzung um 1 %. Madlen Serban erläutert, diese werde in einem schriftlichen Verfahren unter Angabe der zu streichenden Elemente des Arbeitsprogramms erfolgen.

Der Vorstand genehmigt den Haushaltsplan der ETF für 2012. Er nimmt zur Kenntnis, dass die endgültigen Zahlen erst nach Abschluss der Entscheidungen des Rates und des Europäischen Parlaments über den Gesamthaushalt der EU vorliegen werden.

7. Entwurf des Voranschlags des Einnahmen- und Ausgabenplans sowie zugrunde liegende allgemeine Leitlinien 2013

Alastair Macphail (ETF) stellt den Entwurf des Voranschlags des Einnahmen- und Ausgabenplans vor, der den ersten Schritt des Haushaltsverfahrens darstellt. Die ETF werde den Vorschlag im Februar der Kommission zur Aufnahme in den Entwurf des Haushaltsplans 2013 vorlegen.

Hinsichtlich der Personalausstattung plane die ETF die Besetzung aller Stellen (entsprechend 133,5 Vollzeitäquivalenten) bis Ende 2012.

Der Vorstand nimmt den Entwurf des Voranschlags des Einnahmen- und Ausgabenplans sowie die zugrunde liegenden allgemeinen Leitlinien 2013 an.

8. Berichtigungshaushaltsplan 2011 der ETF

Alastair Macphail (ETF) legt den Berichtigungshaushaltsplan zur Genehmigung vor. Die ETF muss Einnahmen aus anderen Quellen als dem Zuschuss der Kommission sowie alle Mittelübertragungen über 10 % erfassen.

Die ETF wird die Einnahmen aus dem Italian Trust Fund verbuchen. Die Zahl der Mittelübertragungen zwischen Haushaltslinien war 2011 recht niedrig – es wurden nur sieben Übertragungen vorgenommen. Der Antrag auf Genehmigung bezieht sich auf die Übertragung der Einsparungen in Titel 1 aufgrund der Personalkosten (spätere Einstellung, Gehälter usw.) auf Titel 2 für Software-Entwicklung und Titel 3 für die Erhebung zur Migration und die Organisation von zwei Veranstaltungen.

Der Vorstand genehmigt den Berichtigungshaushaltsplan 2011 der ETF.

9. Kooperationsvereinbarungen

i **Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen der ETF und dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Republik Kasachstan**

ii **Gemeinsame Absichtserklärung zwischen der ETF und dem British Council**

Madlen Serban gibt eine kurze Einführung zu den beiden dem Vorstand zur Annahme vorgelegten Dokumenten, und erklärt, im Fall des Protokolls über die Zusammenarbeit zwischen der ETF und dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Republik Kasachstan seien im Text die Prioritäten für die Zusammenarbeit 2011-2012 in Bezug auf die Umsetzung des ETF-Arbeitsprogramms aufgeführt. Hauptziel sei die Umsetzung des ETF-Arbeitsprogramms für Kasachstan und im Jahr 2012 die gemeinsame Arbeit am *Turin-Prozess* im Hinblick auf die Unterstützung der Reform der Berufsbildung in diesem Land.

In der gemeinsamen Absichtserklärung zwischen der ETF und dem British Council haben die beiden Organisationen vereinbart, ihre Zusammenarbeit auf den Bereich der Berufsbildung zu konzentrieren und die folgenden gemeinsamen Aktivitäten zu fördern: i) Informationsaustausch über einschlägige Fragen im Zusammenhang mit der Berufsbildung, einschließlich der Durchführung von Projektaktivitäten in bestimmten Ländern oder auf regionaler oder subregionaler Ebene; ii) Koordinierung und Zusammenarbeit in bestimmten Themenbereichen in einer vereinbarten Zahl von Ländern, in denen beide Organisationen im Bereich der Berufsbildung tätig sind und gemeinsame Ziele verfolgen; iii) Informationsaustausch zu speziellen Bereichen wie z. B. Qualitätssicherung in der Berufsbildung, Beteiligung der Arbeitgeber, nationale Qualifikationsrahmen, Berufsberatung, unternehmerisches Denken, Qualifikationsprognosen und Abstimmung von Qualifikationen und iv) Beteiligung an internationalen Seminaren und Konferenzen der beiden Organisationen.

Maurice Mezel (Frankreich) ersucht um Klarstellung zum Partner in Kasachstan, da die Erfahrung der EU zeige, dass an der Berufsbildung zahlreiche Partner beteiligt seien. Der **Vorsitzende** erklärt, der ETF-Verordnung zufolge könne die Agentur Kooperationsregelungen mit verschiedenen Einrichtungen, auch in den Partnerländern, treffen. Solange die von einer EU-Agentur vorgeschlagenen Regelungen nicht überhandnehmen, das Kerngeschäft nicht beeinträchtigen und den Zielen des Arbeitsprogramms entsprechen, sei eine Entscheidungsfindung über die

Entscheidungen des Vorstands hinaus nicht notwendig. In den vorliegenden beiden Fällen seien alle Voraussetzungen erfüllt und die Kommission habe sich zustimmend geäußert.

Madlen Serban teilt mit, das Ministerium für Bildung und Wissenschaft sei in Kasachstan der Ansprechpartner für die Aktivitäten, die die ETF in diesem Land entwickle.

Der Vorstand stimmt beiden Kooperationsvereinbarungen zu.

10. Audits 2011 des IAS bei der ETF

Xavier Matheu de Cortada gibt einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Aktivitäten des Internen Auditdienstes bei der ETF im Jahr 2011.

Im April 2011 führte der IAS ein Audit zur externen und internen Kommunikation durch. Eine Kopie des endgültigen IAS-Auditberichts und des endgültigen Aktionsplans der ETF als Reaktion auf die IAS-Empfehlungen wurde unter den Vorstandsmitgliedern verteilt. Ziel des Audits war die Bewertung und unabhängige Sicherstellung der Angemessenheit und der wirksamen Anwendung des internen Kontrollsystems in Bezug auf die externe und interne Kommunikation innerhalb der ETF. Unter Berücksichtigung der festgelegten Zielsetzung und des Umfangs der Maßnahme äußerte sich der Auditdienst in seiner Stellungnahme zufrieden und erklärte, er habe keine Ergebnisse oder Beobachtungen verzeichnet, die Anlass zu kritischen oder wesentlichen Empfehlungen geben würden. Es wurden insgesamt 14 Empfehlungen ausgesprochen, fünf zur institutionellen Kommunikation, drei zur internen Kommunikation und sechs zur Einhaltung der Regeln für die Vergabe öffentlicher Aufträge. Die ETF hat bereits Maßnahmen zur Umsetzung aller Empfehlungen ergriffen. Für 2012 hat der IAS noch keine Auditthemen geplant.

Gerhard Schumann-Hitzler (GD Erweiterung) schlägt vor, den Text zu den Ergebnissen in Bezug auf die institutionelle Kommunikation detaillierter auszuarbeiten, um nachzuweisen, dass die Auswirkungen immer relevanter sind.

11. Verschiedenes

Alastair Macphail stellt die Ergebnisse des Kosten-Benchmarkings des Europäischen Rechnungshofs zu den EU-Agenturen vor und hebt die wichtigsten Ergebnisse hervor. Schwächen im Haushaltsmanagement der Agenturen, die Bindung eines erheblichen Teils der Humanressourcen durch Verwaltungsaufgaben, uneinheitliche Verfahren bei der Festlegung der Besoldungsgruppen für vergleichbare Positionen, lange Umsetzungsfristen für Beschaffungs- und Einstellungsverfahren, hohe Kosten der Governance-Modelle. In all diesen Punkten war die Situation bei der ETF im Allgemeinen recht positiv.

Der Rechnungshof sprach ebenfalls Empfehlungen aus, z. B.: Null-Basis-Budgetierung der Agenturen, Evaluierungen zur Erreichung zentraler Ziele, Abbau von Verwaltungsverfahren zur Verringerung der Bürokratie, Vereinfachung der Finanz-, Beschaffungs- und Personalregelungen, Umwidmung von Personal von Verwaltungsaufgaben zu operativen Tätigkeiten, Vergleich der Verwaltungskosten mit ähnlichen Organisationen, Vergleich der Einstufung von Bediensteten für vergleichbare Stellen im Hinblick auf künftige Einstellungen, zweistufige Governance-Strukturen, zentrale Verwaltung von Barmittelüberschüssen, Sitzabkommen zwischen Agenturen und den Sitzmitgliedstaaten.

Die ETF schneidet beim Kosten-Benchmarking relativ gut ab. Ein Thema, bei dem Handlungsbedarf besteht, sind die Kosten der Vorstandssitzungen. Die jährlichen Übersetzungs- und Dolmetschkosten liegen beispielsweise bei 130 000 bzw. 20 000 EUR.

Der Vorsitzende erläutert, derartige Analysen würden auch von der Kommission eingesetzt, um verschiedene Dienste zu verbessern. Er schlägt die Einrichtung einer Ad-hoc-Gruppe vor, die analysieren sollte, wie die Betriebsaufwendungen des Vorstands optimiert werden könnten. Die Gruppe könne aus Mitgliedern der Troika und anderen interessierten Mitgliedern bestehen.

Alberto Cutillo (Italien) merkt an, dass die Bedeutung der Kostensenkung allgemein anerkannt werde, insbesondere in Bezug auf die Verwaltungskosten, weist aber darauf hin, dass die Sprachenregelung eine sehr wichtige politische Frage sei und die ETF als von der GD EAC koordinierte EU-Agentur, die auch für die Mehrsprachigkeit zuständig sei, keine restriktive Sprachenregelung haben sollte. Er unterstützt die Idee einer Arbeitsgruppe.

Maurice Mezel (Frankreich) beglückwünscht die ETF zu ihren Bemühungen zur Kostensenkung, äußert aber die Auffassung, eine EU-Agentur sollte in einem Bereich wie der Sprachenregelung, die auch für andere EU-Einrichtungen Anwendung finde, nicht die Initiative ergreifen.

Ingrid Müller-Roosen (Deutschland) betont, der Vorstand solle bei diesem Thema äußerst vorsichtig sein, er sollte aber für eine Analyse der Kosten offen sein und Vorschläge vorlegen.

Micheline Scheys (Belgien) schlägt vor, die Frage pragmatisch und nicht grundsätzlich anzugehen. **Boukje Spit (Niederlande)** schließt sich dieser Auffassung an.

Karl Wiczorek (Österreich) schlägt einen Kompromiss vor: Nur die wichtigsten Teile der Dokumente sollten übersetzt werden.

Sara Parkin (unabhängige Sachverständige des Europäischen Parlaments) schlägt vor, bei der Kostenanalyse die Ergebnisse und Auswirkungen zu prüfen, und weist darauf hin, dass diese Analyse sorgfältig und unter Berücksichtigung der Erfahrung anderer EU-Agenturen durchgeführt werden sollte.

György Szent-Lelek (Ungarn) erklärt, alle fünf derzeit im Vorstand verwendeten Sprachen seien gleich wichtig, und die Analyse solle mit großer Sorgfalt durchgeführt werden.

Danuta Czarnecka (Polen) unterstützt die Idee der Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Erörterung dieser Frage, in der die Troika-Mitglieder und andere Interessierte, vielleicht bis zu fünf Personen, vertreten sein sollten.

Madlen Serban (ETF) betont, die Arbeitsgruppe solle sich nicht nur mit der Sprachenregelung, sondern auch mit den Kosten der Leitungsstruktur im Allgemeinen befassen, da dies Gegenstand des Berichts des Rechnungshofes gewesen sei.

Der **Vorsitzende** unterstützt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe und schlägt vor, die Gruppe könne bei der nächsten Vorstandssitzung Vorschläge zur Diskussion stellen.

Alberto Cutillo (Italien) weist darauf hin, dass das Mandat einer Arbeitsgruppe vom Vorstand erörtert und genehmigt werden müsse und deshalb die Entscheidung auf der nächsten Sitzung getroffen werden sollte.

Der **Vorsitzende** erklärt, seiner Meinung nach sollte der Vorstand die Ad-hoc-Arbeitsgruppe aus Troika-Mitgliedern und anderen Freiwilligen so bald wie möglich einrichten. Er ersucht die ETF, einen allgemein formulierten Vorschlag für das Mandat auszuarbeiten, der sich auf die Ergebnisse des Berichts des Rechnungshofes stützen und allen Vorstandsmitgliedern schriftlich vorgelegt werden solle.

Karl Wiczorek (Österreich) ersucht um Klarstellung zur Art der Kosten, mit denen sich die Arbeitsgruppe befassen müsse. Seiner Meinung nach sollte das Mandat der Gruppe eher breiter gefasst werden.

Hanna Dam (Dänemark) erklärt, Hauptthema seien der Vorstand und seine Aufwendungen.

Nuno Pestana (Portugal) bittet um Klarstellungen zum Status des Berichts des Rechnungshofs. Madlen Serban erklärt, das Dokument sei noch nicht öffentlich zugänglich, im Mittelpunkt stünden aber die Zahlen und das Governance-Modell.

Maurice Mezel (Frankreich) äußert, er bevorzuge eine Troika-Arbeitsgruppe mit weit gefasstem Mandat, die alle möglichen Rationalisierungsoptionen prüfe, um die ETF auf ein durchschnittliches Kostenniveau zu bringen.

Madlen Serban (ETF) zitiert den diesbezüglichen Artikel der Geschäftsordnung des Vorstands, der besagt, dass für jede Arbeitsgruppe ein Vorsitzender zu ernennen ist.

Alle Vorstandsmitglieder stimmen zu, Hanna Dam (Dänemark) als Vertreterin des EU-Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2012 als Vorsitzende der Gruppe einzusetzen.

Die Vorstandsmitglieder nehmen den Vorschlag des Vorsitzenden an, die Arbeitsgruppe einzusetzen, die die Kosten der Leitungsstruktur analysieren und Möglichkeiten suchen soll, ihre Wirksamkeit zu gewährleisten. Im Dezember wird die ETF auf der Grundlage dieser Diskussionen einen Vorschlag zu den Aufgaben der Arbeitsgruppe verschicken.

Danuta Czarnecka (Polen) fasst einige Empfehlungen von Vorstandsmitgliedern zusammen: Präsentationen sollten vorab verfügbar sein, Dokumente zur Annahme sollten vor der informellen Zusammenkunft auf der Vormittagssitzung erörtert werden und mündliche Berichte sollten am Nachmittag vorgetragen werden.

Der Vorsitzende dankt im Namen der Vorstandsmitglieder dem vom Europäischen Parlament ernannten unabhängigen Sachverständigen Stamatis Paleocrassas für seine Arbeit im Vorstand der ETF.

12. Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Vorstands findet am **15. Juni 2012** in Turin statt.

Folgemaßnahmen:

- Der externe Bewertungsbericht wird auf der nächsten Vorstandssitzung erörtert.
- Die ETF wird die Genehmigung des überarbeiteten ETF-Haushaltsplans 2012 und des ETF-Arbeitsprogramms 2012 im schriftlichen Verfahren beantragen, wenn sich aufgrund der Genehmigung des EU-Haushalts Änderungen ergeben.
- Eine Arbeitsgruppe des Vorstands zu den Kosten der Leitungsstruktur der ETF wird eingerichtet und die ETF wird im Dezember 2011 den Entwurf des Vorschlags an die Vorstandsmitglieder übermitteln.
- Der Ablauf der Vorstandssitzungen wird dahin gehend angepasst, dass die Vorstellung und Diskussion von Dokumenten zur Annahme vor der informellen Zusammenkunft stattfinden kann und die mündlichen Berichte am Nachmittag angesetzt werden.
- Die ETF wird die Präsentationen zu den Dokumenten zur Annahme drei Tage vor der Sitzung zugänglich machen.